Schweizerische Volkspartei

SVP Wahlkreis Entlebuch
Mail: markus_felder@gmx.ch
Webseite: www.svp-wahlkreisentlebuch.ch

Geschätzte Bürgerinnen und Bürger vom Wahlkreis Entlebuch

Einmal mehr dürfen wir am 29. November 2026 über die politische Ausrichtung unseres Landes und Kantons mitbestimmen. Nutzen Sie diese Gelegenheit und nehmen Sie an der Abstimmung teil. In den nachfolgenden Zeilen erläutern wir Ihnen unsere Abstimmungsempfehlung für den erwähnten Urnengang.

NEIN Volksinitiative «Digitalisierung jetzt!»
JA Gegenentwurf — Stichfrage Gegenentwurf ankreuzen

Die Volksinitiative «Digitalisierung jetzt!» der Jungfreisinnigen verlangt, dass der Kanton und die Gemeinden ihre Aufgaben praktisch nur noch mit digitalen Mitteln erfüllen. Selbstverständlich läuft immer mehr digital. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Wie überall, braucht es auch hier Augenmass. Die SVP ist der Meinung, dass es weiterhin analoge Kontaktmöglichkeiten wie Schalter oder Telefon geben soll. Dies ist insbesondere wichtig für ältere Personen und solche, die sich in Informatik nicht so gut auskennen.
Aus genau diesem Grund haben Regierung und Kantonsrat einen Gegenentwurf erarbeitet. Das Gesetz über E-Government. Damit wird sichergestellt, dass Privatpersonen und Unternehmen ihre Geschäfte mit der Verwaltung elektronisch einreichen können. Gleichzeitig ist es weiterhin möglich, per Telefon oder Schalterbesuch die Geschäfte mit der Gemeinde- und Kantonsverwaltung abzuwickeln.
Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen ein NEIN zur extremen Volksinitiative «Digitalisierung jetzt». Und ein JA zum pragmatischen Gegenentwurf «Gesetz über E-Government.

JA Sonderkredit Neubau Sicherheitszentrum Rothenburg Station-Ost

Die Sicherheit der Bevölkerung ist eine Kernaufgabe des Staates und genau dort muss der Kanton investieren. Nach einer langen Planungsphase soll in Rothenburg ein neues und zukunftsweisendes Sicherheitszentrum für den Kanton Luzern und die Zentralschweiz entstehen. Dabei werden Polizei, Staatsanwaltschaft, Lebensmittelkontrolle und Veterinärdienst für die Sicherheit der Bevölkerung an zentraler Stelle vereint. Polizei, Staatsanwaltschaft und Einsatzkräfte brauchen eine zentrale funktionierende Infrastruktur, damit sie ihren Auftrag rasch, zuverlässig und ohne unnötige Bürokratie erfüllen können. Heute verlieren verteilte Standorte Zeit und Ressourcen. Mit dem Sicherheitszentrum werden Wege verkürzt, Doppelspurigkeiten reduziert und Kräfte für die eigentliche Polizeiarbeit frei. Besonders die gemeinsame Leitstelle von Polizei, Feuerwehr und Sanitätsdienst wird mit Notstrom und technischer Redundanz verstärkt und garantiert unsere Handlungsfähigkeit auch bei Terroranschlägen, Grossereignissen und Krisen. 276 Millionen Franken sind sehr viel Geld, dementsprechend braucht es während der gesamten Bauzeit eine kompromisslose Kostenkontrolle und keine nachträglichen Wunschlisten. Die Empfehlung der SVP Wahlkreis Entlebuch lautet deshalb: Ja zum Sicherheitszentrum Rothenburg und zur krisensicheren Versorgung von Luzern und der Zentralschweiz.

JA Mitfinanzierung Überdeckung Autobahn A2 Luzern-Süd

Die A2 ist die Lebensader für Bevölkerung, Gewerbe und Wirtschaft und muss auch in Zukunft leistungsfähig bleiben. Mit rund 70'000 Fahrzeugen täglich ist klar, dass Luzern-Süd eine moderne Verkehrslösung braucht. Die geplanten Überdeckungen verbinden heute getrennte Quartiere, verbessern den Lärmschutz und schaffen gleichzeitig wertvolle Freiräume, ohne die Kapazität dieser wichtigen Verkehrsachse einzuschränken. Ebenso wichtig ist die zeitgleiche Realisierung mit dem Bypass Luzern, damit die Synergien und notwendigen Ressourcen optimal genutzt werden können. Auch finanziell ist die Lösung vertretbar: Der Bund trägt mit 60 Prozent den klar grössten Anteil der Investition, während die Gemeinde Kriens 14% und der Kanton Luzern 26 Prozent oder 49.76 Millionen übernimmt. Der Bund führt das Projekt als Bauherr und trägt das eigentliche Baukostenrisiko, womit Zuständigkeit und Verantwortung klar zugewiesen sind. Das Projekt stärkt den Standort Luzern-Süd, verbessert die Sicherheit und Lebensqualität für die Bevölkerung und verbindet eine leistungsfähige Nationalstrasse mit einer sinnvollen Siedlungsentwicklung. Darum empfehlen wir ein überzeugtes JA zur Mitfinanzierung der Überdeckung A2 Luzern-Süd.

Besuchen Sie unsere Webseite: www.svp-wahlkreisentlebuch.ch

Bitte wenden!

NEIN Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Ein klares NEIN zur Erhöhung der Mehrwertsteuer! Jetzt sind endlich Ausgabenkürzungen beim Bund durchzusetzen. Die geplante Anhebung um 0,4 Prozentpunkte zur Zusatzfinanzierung der AHV belastet die Schweizer Haushalte und die Wirtschaft zur Unzeit. Angesichts steigender Mieten, explodierender Krankenkassenprämien und hoher Lebenshaltungskosten ist dieser zusätzliche Griff ins Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger verantwortungslos.

Die Mehrwertsteuer ist unsozial: Sie trifft Familien, Geringverdiener und Konsumenten besonders hart. Eine nachhaltige Sicherung unserer Sozialwerke darf nicht reflexartig über immer neue Steuern und Abgaben erfolgen. Bevor der Staat die Bevölkerung weiter schröpft, müssen bestehende Bundesausgaben optimiert und Einsparpotenziale konsequent genutzt werden.

Die 13. AHV wird ausbezahlt und der Bund soll mit der AHV-Reform 2027 eine ganzheitliche Lösung vorlegen. Sichern wir die Kaufkraft. Stimmen Sie am 29. November NEIN!

NEIN Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

Die Feuerwerksinitiative geht zu weit. Was auf den ersten Blick nach mehr Ruhe und Rücksichtnahme klingt, führt zu einem weitreichenden Verbot von Feuerwerk, wie wir es heute kennen.

Feuerwerk gehört für viele Menschen zu besonderen Anlässen wie dem 1. August, Silvester und Dorffesten. Es ist Teil unserer Tradition und schafft gemeinsame Erlebnisse. Statt bewährte Bräuche stark einzuschränken, sollten wir auf Eigenverantwortung, Rücksichtnahme und einen vernünftigen Umgang setzen.

Natürlich müssen wir die Belastungen für Menschen, Tiere und Umwelt ernst nehmen. Wer Feuerwerk verwendet, soll die geltenden Regeln einhalten, Abstände beachten und unnötigen Lärm vermeiden. Dafür braucht es gezielte Massnahmen und eine konsequente Durchsetzung bestehender Vorschriften – kein pauschales Verbot.

Zudem ist noch nicht abschliessend klar, welche Feuerwerkskörper künftig erlaubt oder verboten wären. Die konkreten Ausführungsbestimmungen müssten erst nach einer Annahme ausgearbeitet werden. Das schafft Unsicherheit für Bevölkerung, Veranstalter und Gewerbe.

Darum: Nein zur Feuerwerksinitiative**.** Wir setzen auf Rücksichtnahme, Eigenverantwortung und gezielte Lösungen statt auf ein weitreichendes Verbot. Traditionen sollen verantwortungsvoll gelebt werden können.

JA Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare

Die Fairness-Initiative respektiert verschiedene Lebens- und Erwerbsmodelle. Ehepaare gestalten ihr gemeinsames Leben unterschiedlich – und nicht immer verläuft alles nach Plan. Vollzeit oder Teilzeit, Familienphasen, Weiterbildung, Jobwechsel, Selbständigkeit oder die Pflege von Angehörigen: Wie Paare Erwerbs- und Familienarbeit aufteilen, kann sich im Laufe des Lebens verändern. Daraus darf keine steuerliche Benachteiligung entstehen. Das Steuersystem soll sich an den Menschen orientieren – nicht umgekehrt. Ehepaare füllen weiterhin eine gemeinsame Steuererklärung aus. Die Individualbesteuerung ist gesetzlich verankert. Die Fairness-Initiative setzt auf Verfassungsstufe an. Wird sie angenommen, muss das Parlament die Gesetzgebung an den neuen Verfassungsauftrag anpassen und für eine kohärente Umsetzung auf allen staatlichen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) sorgen. Die konkrete Ausgestaltung, z.B. Splitting, Teilsplitting oder alternative Steuerberechnung, bleibt Aufgabe des Gesetzgebers. Die Fairness-Initiative baut damit auf dem bestehenden Steuersystem auf, statt einen umfassenden Systemwechsel vorzuschreiben. Auch die Steuerhoheit der Kantone bleibt unangetastet. Das ist einfach fair.

JA Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)

Angesichts der veränderten Bedrohungslage in Europa ist unsere Armee auf eine starke, heimische Rüstungsindustrie angewiesen. Der inländische Markt allein ist zu klein, um eine eigene Rüstungsindustrie aufrechtzuerhalten. Wandern Unternehmen ab, gehen auch die damit verbundenen Tech-Lehrstellen und hochqualifizierten Arbeitsplätze verloren. Nur so bleiben wichtiges technologisches Know-how und qualifizierte Arbeitsplätze im Land erhalten. Die Vorlage ermöglicht eine engere Kooperation mit 36 verlässlichen, westlichen Partnerstaaten und stärkt unsere Rolle als verlässliche Partnerin. So bleibt die Schweiz in Krisenzeiten lieferfähig und sichert sich im Gegenzug die eigene Versorgung mit Rüstungsgütern. Völkerrecht, Embargos und internationale Verpflichtungen gelten unverändert. Staaten, die Menschenrechte systematisch verletzen oder Waffen gegen die eigene Zivilbevölkerung einsetzen, werden nicht beliefert. Konkret: Russland und Syrien sind keine Partnerländer. Sie dürfen nicht beliefert werden. Für eine sichere Schweiz!

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Empfehlungen in Ihre Entscheidungsfindung miteinbeziehen und bedanken uns für Ihr Vertrauen.

Vorstand SVP Wahlkreis Entlebuch

Jetzt Mitglied werden!